



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

6. Sitzung (nicht öffentlich)

7. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

- a) **Realisierung der verlässlichen Halbtagsgrundschule** 1
Bitte der CDU-Fraktion um Berichterstattung

- Bericht der Ministerin Gabriele Behler und Aussprache.

- b) **Hat Frau Ministerin Behler Erlasse in Vorbereitung, die kürzere oder weniger Klassenarbeiten vorsehen, und wie sehen die Eckpunkte aus?** 5

Anfrage des Norbert Giltjes (CDU)

- Bericht von Ministerin Gabriele Behler.

Seite

- 2 Ersatzunterricht für Schülerinnen und Schüler, die nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen** 6
Vorlagen 12/328 und 12/451

- Kontroverse Diskussion.

- 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)** 12
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400
Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung
Vorlagen 12/262 und 12/292

in Verbindung damit

Artikel I §§ 23 und 29 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/402

Der Ausschuß diskutiert über den Einzelplan 05, soweit er in seine Zuständigkeit fällt. Dabei werden einzelne Fragestellungen mit den Vertretern des Ministeriums erörtert.

Beschlüsse werden noch nicht gefaßt.

- 4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 1996/97** 24
Vorlage 12//329

- Keine Diskussion.

Seite

5 Neuordnung des Hochschulzugangs jetzt einleiten

25

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/408

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung will sich an der diesbezüglichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses beteiligen, allerdings keine Anzuhörenden benennen.

Die Vermittlung von Werten an einer Schule hänge nicht vom Religionsunterricht ab und auch nicht von einem Ersatzfach, sie hänge vielmehr vom Klima der Schule ab.

Nun sei es wesentlich - darüber dürfe man durchaus streiten -, welche Werte vermittelt werden sollten. Man müsse darüber reden, was unter Werteerziehung verstanden werde. Es dürfe auch darüber gestritten werden, wie die Erziehung zu Werten zum Beispiel zu Toleranz und Solidarität in einer Schule organisiert werde. Sie könne sich durchaus vorstellen, daß Herr Degen mit seiner Annahme recht habe, daß das auch in fächerübergreifendem Unterricht geschehen könne.

Dr. Hans Horn (CDU) hebt hervor, er habe auch in seinen Beiträgen betont, daß Werte in allen Fächern vermittelt würden. Das bestreite niemand.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorlage 12/262 und 12/292

in Verbindung damit:

Artikel I §§ 23 und 29 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/402

Vorsitzender Heinrich Meyers ruft die Kapitel des Einzelplans 05 auf, die den Bereich Schule und Weiterbildung betreffen.

Bernhard Recker (CDU) kommt auf die Schulbaumittel in Höhe von 386,7 Millionen DM zu sprechen. Er frage, wieviel Mittel bereits durch Anträge gebunden seien und ob Gemeinden, die Mittel beantragten, damit rechnen könnten, in den nächsten Jahren an eine Bezuschussung zu kommen. Er bitte um eine schulformdifferenzierte Betrachtung.

Sodann erkundigt sich Herr Recker nach der Perspektive für Lehramtsanwärter, deren Zahl laut Haushaltsplan voraussichtlich 7 870 umfasse.